Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 20, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 274.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 20. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 19. April. Der Kaiser hat den Regierungsrath Keetman zum Ministerialrath im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt, sowie bestimmt, daß der administrative Direktor der Tabaksmanufaktur in Straßburg, Dr. Roller, mit Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt wird.

Der Kaiser hat den bisherigen Vize-Konsul bei dem Konsulat in Kopenhagen, Martens, zum Konsul in Kairo ernannt.

Der Kaiser hat den Amtsrichter Dr. Becker in Bischweiler zum Richter bei dem Landgericht in Metz, den bayrischen Rechtskandidaten Dr. Mühlhäuser in Rohrbach zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Rohrbach, den preußischen Gerichtsassessor Dr. Wilhelmi in Straßburg zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Sierenz, den Gerichtsassessor Roehrig in Lützelstein zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Lützelstein, den preußischen Gerichtsassessor Dr. Freiherrn v. Hoiningen, genannt Hüne, in Lörchingen zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht in Lörchingen ernannt, sowie den Amtsrichter Gruber vom Amtsgericht in Schirmeck an das Amtsgericht in Bischweiler, den Amtsrichter Syffert vom Amtsgericht in Niederbronn an das Amtsgericht in Straßburg, und den Amtsrichter Brachvogel vom Amtsgericht in Falkenberg an das Amtsgericht in Niederbronn in ihrer bisherigen Eigenschaft versetzt.

Der König hat den Geistlichen, päpstlichen Ehrenkämmerer Seul in Düsseldorf zum Domherrn bei der Kathedralkirche in Trier ernannt, und dem Verlagsbuchhändler und Hofbuchdrucker Hayn zu Berlin den Charakter als Kommissionsrath verliehen.

Der Privatdozent Dr. Flügge ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Göttingen, und der Privatdozent Dr. Jürgens zu Halle a. S. zum Dozenten der Mathematik mit dem Prädikat Professor an der technischen Hochschule zu Aachen ernannt worden.

Der Feldmesser Wittenhagen ist zum königlichen Geometer im Bereich der allgemeinen Bauverwaltung ernannt und als solcher in Swinemünde angestellt worden.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung.

Berlin, 19. April. Am Tische des Bundesraths: Scholz.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr und richtet an die Mitglieder des Hauses, welche sich von ihren Plätzen erheben, ungefähr folgende Worte:

Am Sonntag Vormittag ist der Großherzog Friedrich Franz II. von Mecklenburg-Schwerin aus dem Leben geschieden. Der Reichstag wird das Bedürfniß fühlen, aus Anlaß dieses für Kaiser und Reich und ganz besonders für unsere mecklenburgischen Landsleute schmerzlichen Todesfalls das Andenken dieses echt deutschen Fürsten zu ehren, welcher unserem Kaiser ein lieber treuer Verwandter, Freund und Bundesgenosse gewesen ist und alle Zeit mit voller Hingebung zu Kaiser und Reich gestanden hat. Er ruhe in Frieden!

Eingegangen ist der Handelsvertrag mit Serbien und der Etat pro 1884–85.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt pro 1879–80.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Erster Redner ist der

Abg. Richter (Hagen): Wir stehen hier durchaus keiner neuen Materie gegenüber. Die Fortschrittspartei hat es stets für ihre Pflicht erachtet, das Wohl der Arbeiter ins Auge zu fassen und besonders ein Mann, der leider durch Krankheit verhindert ist, anwesend zu sein, Schulze-Delitzsch, hat sehr Bedeutendes geleistet. Wir haben nicht erst gewartet auf das Sozialistengesetz, lange vorher kamen die Anträge unserer Partei zur Verbesserung des Haftpflichtgesetzes. Wir reprobiren auch jetzt keineswegs den staatlichen Zwang, aber wir unterscheiden uns von der Kommission in dem Maße, daß wir den staatlichen Zwang zugeben wollen. Wir sagen, andere Formen können Besseres schaffen als der vorgeschlagene staatliche Versicherungszwang. Wir wollen den Zwang nur auf dem Wege des Ortsstatuts zulassen und halten das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung für ganz ungerechtfertigt. Eigenthümlicherweise haben Sie Mißtrauen nur gegen die städtischen Gemeindebehörden, nicht aber gegen die ländlichen. In Preußen bestehen bereits 342 solcher Ortsstatute in Kraft. Die Motive sagen, die Neigung, sich zu Krankenkassenverbänden zu vereinigen, sei unter den Arbeitern nur wenig vorhanden, aber gerade das Gegentheil ist die Wahrheit, und es ist bedauerlich, daß uns keine ordentliche Statistik darüber vorliegt. Es steht fest, daß die Vereine weit zahlreicher wären, wenn nicht durch die Behörden die Bildung solcher Vereine, besonders in den fünfziger Jahren, außerordentlich erschwert worden wäre. Sehr bedauerlich ist auch, daß unsere Beamten und Lehrer jetzt weit mehr als je vorher sich scheuen, mit Arbeitern in Berührung zu kommen und bei der Bildung von Vereinen behilflich zu sein. — Wie die Verhältnisse der Arbeiter sind, für die man einen Zwang einführen will, ist nicht genügend bekannt und auch viele andere wichtige Fragen sind nicht ausreichend aufgeklärt. Die freie Kasse schließt sich der Individualität der einzelnen und des Ortes an, nicht so die Zwangskassen. Auch sonst haben die freien Kassen zahlreiche Vorzüge vor den Zwangskassen, und die Existenz dieser freien Kassen wird durch die Zwangskassen in hohem Grade gefährdet. Gerade die Tagelöhner, die am schwersten sich zur Zeit der Krankheit helfen können, sollen vom Zwange ausgeschlossen werden und was ich am nachtheiligsten halte in Bezug auf die Form, das ist die Zwangs-Gemeindeversicherung. Die ganze Arbeiterklasse soll degradirt werden zu einer Klasse der Armen und gewissermaßen wird eine Prämie auf die Verbreitung der Großindustrie gesetzt. Die Arbeiter sollen nicht theilnehmen an der Organisation und Fürsorge für ihre eigenen Interessen, und diesen moralischen Nachtheil schlage ich sehr hoch an. Noch nie ist mir ein Gesetz vorgekommen, das so schablonenmäßig, so sehr am grünen Tisch gearbeitet war, wie das vorliegende. Besonders zeigt sich das auch in den Bestimmungen über die Karenzzeit. — Das Krankenkassengesetz hängt zusammen mit dem Unfallversicherungsgesetz. Das sollen nach den Worten des Reichskanzlers die unteren Etagen sein, auf denen die oberen aufgesetzt werden sollen, zu den letzteren gehört schließlich auch die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und andere unklare Projekte. Das muß man sich Alles gegenwärtig halten. Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzel darin, daß man sich einbildet, es könne durch staatlichen Zwang die Glückseligkeit Aller erreicht werden, und die jetzigen Vorschläge der Regierung und der Kommission schneiden die Wurzeln der Sozialdemokratie nicht ab, sondern befruchten sie. Daß die Konservativen den Regierungsvorschlägen zustimmen, kann nicht verwundern, aber daß das Zentrum mitgeht, ist nicht recht erklärlich. Denn wie die freien Krankenkassen der Arbeiter, so sind auch die bürgerlichen Organisationen durch die Vorlage bedroht. Die Stimmung ist heute ähnlich wie bei Erlaß des Sozialistengesetzes. „Es muß etwas geschehen“, heißt es heute wie damals. Aber gerade diese Materie bietet die allergrößten Schwierigkeiten und auf keinem anderen Gebiete ist ein solcher Schritt so verhängnißvoll wie hier. Ebenso wie sich der Herr Reichskanzler in Bezug auf das Unfallversicherungsgesetz geirrt und es später erkannt und zugestanden hat, so ist dies auch hier möglich. Gewiß ist die Frage des Schweißes der Edlen werth; wir meinen aber es wäre empfehlenswerth, wenn die grundlegenden Paragraphen des Unfallversicherungsgesetzes in einem Vorbericht der Kommission uns gleich nach der zweiten Berathung dieses Krankenkassengesetzes vorgelegt werden würden, damit wir uns darüber erst verständigen; ich denke über die Detailfragen würden wir dann desto leichter uns einigen. Die ganze Kraft des Reichstags muß auf die Bearbeitung der Arbeitergesetze konzentrirt werden, und da wende ich mich an Herrn von Puttkamer, den preußischen Minister des Innern. Wenn auf die Durchberathung der Verwaltungsgesetze einstweilen verzichtet wird, dann bleibt uns Zeit die sozialpolitischen Vorlagen durchzuberathen. Aber dann dürfen Sie uns auch nicht mit anderen unnützen Arbeiten belasten. Wegen der Kavaliere, welche Vortheil von den Holzzöllen haben, uns mit Berathungen hinhalten, das raubt viel kostbare Zeit, auch mit solchen unfruchtbaren Anträgen wegen der obligatorischen Arbeitsbücher, mit der Tabaksmonopolvorlage sollten Sie uns nicht kommen, wenn Sie die sozialpolitischen Bedürfnisse für so wichtig halten und vor Allem sollten Sie nicht die nothwendigsten Lebensbedürfnisse des Arbeiters fortwährend vertheuern, wenn Sie dem Arbeiter helfen wollen. Wo soll denn der Arbeiter schließlich noch das Geld hernehmen, um die Krankenkassengelder zu bezahlen? Gewiß ist es eine Tradition der Hohenzollernschen Fürsten, das Loos des Arbeiters zu verbessern. Friedrich der Große war der Anwalt der Armen, und er duldete nicht, daß dem Volke das Brot und Fleisch vertheuert wurde. Unvergeßlich ist auch der Vater unseres Kaisers, König Friedrich Wilhelm III., dessen Gesetzgebung Alles abschaffte, was an der freien Bethätigung der Kräfte hinderte. Die Gewerbeordnung, welche auf diesen Traditionen der Hohenzollern ruhte, wollen Sie aber jetzt zerstören. Aber Sie können darum auch überzeugt sein, daß kein parlamentarisches Fechterkunststück, kein Manöver im Stande sein wird, uns unseren Wählern, dem Volke gegenüber ins Unrecht zu setzen. (Beifall links.)

Finanzminister Scholz: Ich beabsichtige nicht, den sachlichen Ausführungen des Vorredners zu folgen, sondern will nur einige Erklärungen abgeben. Herr Richter hat gesagt, daß er bereit sei, in die Berathung des Unfallgesetzes einzutreten und die Verantwortung dafür ablehne, wenn dieses Gesetz nicht bald berathen wird. Die Fertigstellung dieses Gesetzes ist aber in dieser Session deshalb unmöglich, weil mit der bloßen Feststellung einiger Prinzipien, wie es Herr Richter wünscht, nichts erreicht werden kann. Dann aber hat der Herr Abgeordnete gegen das preußische Ministerium und speziell gegen den Herrn v. Puttkamer den Vorwurf erhoben, daß es gegen die Botschaft handele, indem es jetzt die Verwaltungsgesetze zur Berathung bringt. Das ist nicht wahr. Es handelt sich hier nur um etwa siebzig Abgeordnete, derenwegen man eine Vorlage nicht absetzen wird. Ferner hat Herr Richter gesagt, die Regierung hat selbst durch Einbringung anderer Vorlagen und besonders durch das Tabaksmonopol dazu beigetragen, daß die Beschlußfassung über die sozialpolitischen Entwürfe hinausgeschoben worden ist. Sie werden mir alle zugestehen müssen, daß die Verhandlungen über das Monopol hier im Hause nicht viel Zeit gebraucht haben und wenn man bedenkt, wie viel Zeit und Geld die Herren darauf verwandt haben, im Lande Stimmung gegen das Monopol zu erzeugen, so ist es begreiflich, daß die Herren die Einbringung desselben zu bedauern haben. (Sehr richtig! rechts.) Wäre das Monopol aber angenommen worden, dann hätten wir die Mittel zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetze. (Lebhafter Widerspruch links.) Uebrigens konnte doch wegen der letzteren die Reichsgesetzgebung nicht stille stehen und es sind dem Hause nur solche Vorlagen zugegangen, die mit der Verfolgung der großen Gesetze vereinbar sind. Herr Richter hat Sie aufgefordert, die erste Etage nicht mitbauen zu helfen, da man die folgenden nicht kenne. Hätten wir alle Gesetze zugleich vorgelegt, so hätten wir den Vorwurf gehört, daß sie alle nichts taugen. Wir wollen die Erfahrungen, die wir beim ersten Gesetze machen, bei den anderen verwerthen. Es giebt allerdings Berührungspunkte zwischen den sozialpolitischen Vorlagen und der Sozialdemokratie, auch die Regierung glaubt, mit staatlichem Zwange zum allgemeinen Besten vorgehen zu dürfen. Aber es fragt sich dabei, wo das Schädliche anfange, und dort gehen die beiden Richtungen auseinander. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Hertling: Ich schlage Ihnen vor, mit Bezug auf die Frage, ob auch die ländlichen Arbeiter zu der Zwangsversicherung angehalten werden sollen, zu den Vorschlägen der Regierung zurückzukehren. Meine Hauptbedenken liegen hier in der Schwierigkeit, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterscheiden und besonders die Herren aus Mittel- und Südwestdeutschland werden mir beistimmen müssen. Die Möglichkeit, die Krankenversicherung auf die landwirthschaftlichen Arbeiter auszudehnen, gebe ich zu, aber ich halte es für bedenklich, sie dem Versicherungszwange zu unterwerfen. Der Zwang ist zuerst in der Industrie eingeführt worden. Es ist fraglich, ob es der einzige Weg zu einer gründlichen Hilfe ist, aber unzweifelhaft ist es mir, daß es der sicherste Weg ist. Die vorliegenden Anträge kann ich nicht annehmen. Es ist bisher auf dem Lande Brauch gewesen, daß die Kosten für die Krankenpflege von den Arbeitgebern getragen worden sind und ich halte es für richtig, daß dieser Weg nicht verlassen wird. Die Regierungsvorlage ist nach guten Grundsätzen angelegt und ich bitte Sie, aus Gründen der praktischen Durchführbarkeit, zu derselben zurückzukehren.

Abg. Dr. Buhl: Man kann in der Vorlage keinen Punkt finden, der die Betheiligung der Arbeiter an den freien Hilfskassen ausschließt. Einen gewissen Druck werden die Arbeitgeber wohl darauf ausüben, daß die Arbeiter in die Ortskrankenkassen eintreten. Aber in großem Maßstabe dürfte das nicht vorkommen. Durch die Bestimmung, daß die freien Hilfskassen nur sechs Wochen, die Ortskrankenkasse dagegen dreizehn Wochen Unterstützung gewährt, wird allerdings den ersteren eine erdrückende Konkurrenz gemacht. Bei den Besprechungen, die ich mit sozialistischen Arbeitern hatte, haben mir alle, denen ich die Tendenz des Gesetzes auseinandergesetzt hatte, ihre volle Uebereinstimmung damit ausgesprochen. Dem Vorschlage des Herrn v. Hertling kann ich nicht beistimmen, da ich es für nothwendig erachte, daß man auch die Versicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter zur Regel macht. Aehnlich hat sich auch der Landwirthschaftsrath ausgesprochen, der besonders betonte, daß durch die Ausnahmestellung der landwirthschaftlichen Arbeiter der Landwirthschaft eine unerträgliche Konkurrenz mit der Industrie gemacht werde. Es ist das Bestreben unserer ganzen Zeit, den kleinen Landwirth in seinem Besitze zu schützen, und dazu wäre die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf die Landwirthschaft eines der besten Mittel. Schon aus diesem Grunde trete ich für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. v. Wedell-Malchow: Ich bin überzeugt, daß die Frage der Krankenversicherung nur von Reichswegen gelöst werden kann, erkenne aber an, daß bei den verschiedenen Verhältnissen der einzelnen Theile die provinziale Gesetzgebung wird aushelfen müssen. Für meine Person bin ich auch für die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in das Gesetz, da im anderen Falle sehr leicht die Unzufriedenheit in diesen Kreisen genährt werden würde, zumal ihnen täglich die bessere Lage der Fabrikarbeiter vor Augen treten würde. Außerdem ist es in einigen Gegenden unmöglich zu bestimmen, ob ein Arbeiter industrieller oder landwirthschaftlicher Arbeiter ist, da er in der verschiedensten Weise vom Gutsherrn beschäftigt wird. Es ist schon eine Forderung der Gerechtigkeit, den ländlichen Arbeitern dieselben Rechte zu gewähren, wie den städtischen. Die gestellten Amendements bitte ich abzulehnen, indem ich zugleich dabei bemerke, daß ich mit Ausnahme der Zwangsversicherung der ländlichen Arbeiter auf dem Standpunkte meiner Fraktionsgenossen stehe. Wir haben Abstand genommen Abänderungsanträge einzubringen und bitte Sie um Annahme der Kommissionsbeschlüsse. (Bravo! rechts.)

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Freitag 1 Uhr an. Tagesordnung: Berathung über den Handelsvertrag mit Serbien und Fortsetzung der Berathung des Krankenkassengesetzes.

Abg. Sonnemann (zur Geschäftsordnung): Ich möchte den Herrn Präsidenten bitten, die morgige Sitzung um 10 Uhr anzuberaumen, ohne Rücksicht auf die Berathungen des preußischen Abgeordnetenhauses, da der Reichstag den Vorrang vor den Einzellandtagen haben muß. Wenn die Session zu lange hinausgeschoben wird, so werden wir doch bald beschlußunfähige Häuser haben. Ich denke, wir haben nicht nöthig, uns um die 70 Abgeordnete zu kümmern, die beiden Häusern angehören.

Abg. Dr. Windthorst: Die Frage von den Siebenzig ist schon so oft hier erörtert worden, daß ich sie nicht berühren würde, wenn nicht der Herr Minister Scholz sie heute wieder angeregt hätte. Als die Reichsvertretung geschaffen wurde, hielt man es für sehr nützlich, daß ein gewisser Zusammenhang bestehe zwischen dem Reichstage und den Einzellandtagen und es ist das nur zu erreichen, wenn eine gewisse Anzahl von Männern beiden Häusern angehört. So allein ist ein ersprießliches Zusammenwirken möglich und es ist zu verwundern, daß aus dem Munde eines preußischen Ministers ein Widerspruch mit dieser Meinung vernommen wird.

Abg. Rickert interpellirt den Präsidenten darüber, ob zwischen ihm und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses eine Verständigung über das Nebeneinandertagen beider Häuser erzielt worden ist.

Präsident v. Levetzow: Eine feste Vereinbarung ist nur für morgen getroffen worden. Aber wir haben beschlossen, die möglichste Rücksicht auf einander zu nehmen, so daß im Falle einer sehr wichtigen Berathung in einem Hause, die Sitzung in dem andern ausfallen wird.

Abg. Dr. Hänel: Was die ferneren Verabredungen zwischen den beiden Präsidenten betrifft, so bin ich der Meinung, daß sie nicht ohne vorherige Verständigung mit dem Hause erfolgen darf. Wir haben heute schon gesehen, wie mißlich die Zweitheilung des parlamentarischen Tages ist. Heute haben wir mitten in einem Paragraphen abbrechen müssen, das kann alle Tage vorkommen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, sich zu vergewissern, wie die preußische Regierung über das weitere Tagen des Abgeordnetenhauses denkt und dann mit Hinzuziehung von Vertrauensmännern mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Vereinbarungen zu treffen. Herrn Windthorst erkläre ich mit Vergnügen, daß ich seinen Standpunkt theile und glaube nicht, daß man ihm etwas sachliches entgegenhalten kann.

Abg. v. Bennigsen: Wenn nicht Vereinbarungen getroffen werden, so würden wir täglich in die Lage kommen, Geschäftsordnungsdebatten zu haben. Ich bitte den Herrn Präsidenten nach dem Vorschlage des Herrn Hänel zu verfahren und einen Arbeitsplan festzustellen, damit wir nicht täglich darüber zu berathen haben, was wir in den nächsten vierundzwanzig Stunden thun sollen.

Abg. Dirichlet bittet den Präsidenten, die Geschäfte ohne Rücksicht auf den preußischen Landtag bestimmen zu wollen. Ein gemeinsames Tagen beider Häuser geht über die menschliche Kraft hinaus. Nicht nur die Siebzig leiden darunter, auch die anderen Mitglieder des Hauses, die ihre Zeit besser verwerthen können, als unthätig in Berlin zu bleiben. Wichtigere Gesetze, als das Verwaltungsgesetz und das Krankenkassengesetz, giebt es wohl kaum und wenn die Präsidenten beschlossen haben, bei so wichtigen Berathungen Rücksicht auf einander zu nehmen, so ist es nicht zweifelhaft, daß das Abgeordnetenhaus zurücktritt.

Abg. Frhr. v. Minnigerode: Wir haben heute vier Stunden gesessen und der Schlußantrag ist ja von der linken Seite ausgegangen. Es ist richtig, daß der Reichstag vorangeht, aber nur durch die Schuld der Liberalen sind wir in diese Lage gebracht worden; wir haben 14 Tage für uns gehabt, durch die namentlichen Abstimmungen und Ihre langen Reden haben Sie nur die Berathung der Gewerbenovelle erreicht. Schluß 5¼ Uhr.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung.

Berlin, 19. April. Am Ministertisch: v. Puttkamer, Maybach, Friedberg, Lucius.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Die zweite Berathung der Sekundärbahn-Vorlage wird fortgesetzt.

Für Umgestaltung und Erweiterung des Bahnhofs Steglitz (bei Berlin) verlangt die Vorlage die Summe von 422,000 Mark; die Kommission beantragt diese Position zu streichen, weil sie der Meinung ist, daß die Umgestaltung mit geringeren Mitteln zu erreichen sei.

Die Abgg. Wolff und Cremer beantragen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Wolff hält die Umgestaltung des Bahnhofes Steglitz mit Rücksicht auf die große Frequenz des Bahnhofes für sehr dringend. 70 bis 80 Züge laufen täglich dort ein, und da der Bahnhof mitten in dem Orte liegt, so ist für die Passanten der Albrechtstraße, an der der Bahnhof liegt, manche Gefahr und Unannehmlichkeit vorhanden, welche durch Anlage eines Tunnels beseitigt werden können. Die Anlage des Bahnhofes an der jetzigen Stelle ist kein Kompliment für die frühere Privatbahnverwaltung, und wir freuen uns, daß die Staatsbahnverwaltung das Interesse der Bahn besser vertritt.

Abg. v. Tiedemann (Bomst) ist der Meinung, daß die geforderte Summe zu hoch ist und bittet die Regierung, im nächsten Jahre einen Plan, der mit geringeren Mitteln durchzuführen ist, vorzulegen.

Geh. Rath Seehusen erklärt es für unmöglich, die Umgestaltung des Bahnhofes billiger herzustellen, hält dieselbe aber bei der großen Frequenz der Station für unumgänglich nothwendig.

Minister Maybach: Nachdem man sich überzeugt hatte, daß der Zweck, der hier erreicht werden soll, auf anderem als dem vorgeschlagenen Wege nicht erreicht werden kann, hat sich die königliche Staatsregierung entschlossen, diese verhältnißmäßig hohe Summe in den Etat einzustellen. Eine Verantwortung für die bestehenden Zustände können wir nicht länger übernehmen. Wäre die Bahn noch in Privatverwaltung, so würden wir keinen Anstand genommen haben, sie zu den Umänderungen zu zwingen. Der Privatbahnverwaltung kann man aus der Anlage des Bahnhofes an der jetzigen Stelle keinen Vorwurf machen, da zur Zeit der Anlage derselbe den damaligen Verhältnissen völlig entsprach. Der Differenzpunkt ist die Anlage des Personentunnels, welcher auf 25,000 M. veranschlagt ist. Wenn wir davon absehen wollten, so müßten wir an der Abfahrtseite eine Gepäck-Expedition und eine Billetverkauf-Stelle mit einem besonderen Beamten einrichten, und das würde uns noch mehr kosten als der jetzige Anschlag. Sollte die Position doch gestrichen werden, so würde ich mich auf die Gefahr einer Etatsüberschreitung dazu veranlaßt fühlen, im Interesse der Sicherheit der Passanten, die Umgestaltung auszuführen.

Abg. Ludwig macht den Minister auf die jämmerlichen Bahnhofszustände in den „preußischen Hinterländern" aufmerksam, wo es oft an den nöthigsten Lokalitäten für die Reisenden fehlt und bittet auch dort Abhilfe zu schaffen. Bei der Forderung für Steglitz handelt es sich wieder um die Interessen von Berlin und es wird den Berlinern nicht schaden, wenn sie an den zwölf Sonntagen, an denen die Extrazüge nach Steglitz gehen, ohne Bahnhofshalle sein werden; naß werden sie nicht werden, da sie nicht ohne Schirm auszugehen pflegen. (Heiterkeit.) Die jetzige Bretterbude hält noch zehn Jahre vor. Ich bitte Sie, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Wolff: Der Neubau soll keineswegs für die Berliner ausgeführt werden. Steglitz hat über 6000 Einwohner und 1912 Bahnabonnenten, es ist also zweifellos, daß hier für die Einwohner von Steglitz ein dringendes Interesse vorliegt.

Abg. Dr. Lieber: Berlin zieht polypenartig alle Vorstädte an sich heran und wird wohl auch schließlich die Entwickelung durchmachen, die Paris zwang, im Jahre 1871 die Herrschaft der Kommune über sich ergeben zu lassen. Wir haben alle Veranlassung, solchen Projekten, wie dem vorliegenden, mit Vorsicht gegenüberzutreten, damit wir nicht wieder so tief in die Tinte kommen, wie bei der Stadtbahn. (Sehr richtig! rechts.) So lange wir draußen in der Provinz Unbequemlichkeiten zu ertragen haben, muthe man uns nicht zu, für die Herren Berliner und deren Bequemlichkeiten so hohe Summen zu bewilligen. Auf der Station Castell an der Taunusbahn sind solche Zustände, wie sie Herr v. Ludwig geschildert hat, und obwohl die nach Wiesbaden zur Kur gehenden Kranken dort warten müssen, existirt dort nicht einmal eine Wartehalle. Wenn die Kommission auch für die Bequemlichkeit der Steglitzer nichts bewilligen wollte, so hat sie sich doch für Genehmigung der Anlagen, die der Sicherheit der Passagiere dienen sollen, entschieden. Es ist deshalb bedauerlich, daß der Herr Minister dabei bleibt, die Anlagen beider Art zugleich ausführen zu müssen. Wenn der Herr Minister durch eine Etatsüberschreitung die Kosten zur Ausführung gewinnen will, so würde ich das sehr bedauern und ich hoffe, daß es hier Niemand giebt, der eine solche dechargiren würde.

Minister Maybach: Die Nothwendigkeit einer Umgestaltung des Bahnhofs ist deshalb so dringend, weil noch im vorigen Winter der Bahnhof zwei Mal überschwemmt worden ist. Der Vorwurf, inkonstitutionell zu verfahren durch eine Etatsüberschreitung, wäre gerechtfertigt, wenn es sich nicht um eine Frage der Sicherheit des Lebens der Passagiere handelte. Wenn eine solche Etatsüberschreitung im vollen Bewußtsein der Nothwendigkeit gemacht wird, so darf man auch hoffen, daß sie nachher gebilligt werden wird. Auch ich halte die Summe für sehr hoch und ich kann nur versichern, daß wir nach der Bewilligung darauf sehen werden, möglichst zu sparen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Minnigerode glaubt, daß trotz eines Majoritätsbeschlusses die Verantwortung des Ministers bestehen bleibt für solche Zustände, wie sie in Steglitz bestehen. Die Verwaltung hat die Verpflichtung, dagegen vorzugehen.

Abg. Büchtemann: Mir ist es unerklärlich, wie bei dieser Theorie das Budgetrecht bestehen kann. Wenn hier beschlossen wird, den Plan nicht auszuführen, so würde durch eine Etatsüberschreitung das Budgetrecht verletzt, zumal es sich hier nicht um drohende Gefahren handelt. — Das Eintreten des Abg. Wolff für das Projekt ist nur ein Dankesvotum für seine Steglitzer Wähler. Die Angriffe dieses Herrn auf die frühere Privatverwaltung der Bahn sind unzutreffend; derselbe zeigte sich so wenig informirt über die dortigen Verhältnisse daß es nicht verlohnt, auf seine Angriffe einzugehen. Bei einer ähnlichen Gelegenheit hat her Wolff andere Ansichten entwickelt, vielleicht kommt bald die Zeit, wo er wieder mit einer anderen Ansicht hervortritt. Für die Vertheidigung der ehemaligen Verwaltung der Bahn durch den Herrn Minister, bin ich diesem sehr dankbar. Herrn Wolff möchte ich aber rathen, bei seinem Auftreten sich mehr von der Gerechtigkeit, als von anderen Interessen leiten zu lassen. (Sehr gut! links.)

Darauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. v. Tiedemann erklärt zur Geschäftsordnung, daß seine Freunde, nachdem der Herr Minister in der Kommission nicht erörterte Nova in die Diskussion eingeführt hatte, für die Position stimmen werden. (Hört! hört!)

Abg. Wolff: Der Ton, den Herr Büchtemann gegen mich angeschlagen, beweist mir, daß seine Freunde darüber sehr unangenehm berührt sind, daß der Abg. Cremer und ich die Liberalen in dem Wahlkreise verdrängt haben. Diesen Aerger wollen wir den Herren noch recht oft bereiten. (Heiterkeit rechts.)

Darauf wird die Position mit 173 Stimmen gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Es entspinnt sich darauf eine Geschäftsordnungs-Debatte, indem Abg. Windthorst um 12 Uhr beantragt, mit Rücksicht auf die um 1 Uhr angesetzte Sitzung des Reichstages die Sitzung abzubrechen.

Abg. v. Rauchhaupt wünscht die Erledigung des heutigen Pensums, da die kurze Zeit, die dem Abgeordnetenhause für seine Berathungen gewährt ist, ausgenutzt werden muß.

Abg. Rickert bittet gleichfalls, die Sitzung jetzt zu vertagen, da sich nach Schluß der Sitzung eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entwickeln wird.

Abg. v. Bennigsen bittet, noch eine halbe Stunde zu berathen.

Abg. Büchtemann hält es für zweckmäßiger, jetzt abzubrechen, da man in einer halben Stunde mitten in einer Position stecken bleiben würde.

Abg. Windthorst zieht darauf seinen Antrag zurück und die Berathung wird fortgesetzt.

Für die Umgestaltung des Bahnhofes Wildpark bei Potsdam verlangt die Vorlage 355,000 Mark, welche die Kommission zu bewilligen beantragt.

Nach einer kurzen Debatte zwischen den Abgg. v. Rauchhaupt und Büchtemann wird diese Position bewilligt.

Für die Erweiterung, Umgestaltung und bessere Verbindung der Gruben- und Hüttenanschlüsse, sowie der Bahnhöfe im rheinisch-westfälischen Industriebezirke verlangt die Regierungsvorlage die Summe von 6,160,000 Mark. Die Kommission beantragt dagegen diese Summe für die Herstellung eines Sammel- und Rangirbahnhofes bei Frintrop und für die Erweiterung der Bahnhöfe bei Wanne, Herdecke und Hamm zu solchen Bahnhöfen, sowie für die in der Regierungsvorlage benannten Umgestaltungen zu verwenden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst befürwortet die Annahme dieser Position und richtet an den Minister die Frage, ob die Regierung gewillt ist, die Strecke Bommern-Witten mit einer Eisenbahnbrücke über die Ruhr auszubauen.

Minister Maybach betont das Interesse der Staatsregierung an dem Ausbau dieser Bahnlinie, kann jedoch weder eine bejahende noch eine verneinende Antwort geben.

Das Haus vertagt sich darauf.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Freitag 10 Uhr an und auf die Tagesordnung die Fortsetzung der abgebrochenen Debatte, Rechnungssachen, Bericht der Wahlprüfungs-Kommission und Gesetz über die Schulversäumnisse.

Abg. Rickert (zur Geschäftsordnung): Ich bitte den Herrn Präsidenten, mitzutheilen, welch' fernere Dispositionen über die Geschäfte des Hauses er beschlossen hat. Es ist ein offenes Geheimniß, daß es in der Absicht lag, die Verwaltungsgesetze morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Ich glaube dagegen protestiren zu müssen, denn es ist unmöglich, daß Reichstag und Abgeordnetenhaus nebeneinander tagen. Die preußische Regierung hat alle Veranlassung, nachdem der Kaiser es für die höchste Aufgabe erklärt hat, die sozialpolitischen Vorlagen durchzuberathen, von der Berathung der Verwaltungsgesetze vorläufig Abstand zu nehmen. Wenn das Ministerium die Absicht des Kaisers unterstützen will (Oho! rechts) — und ich nehme das an — dann ist es seine Pflicht, alle Hindernisse hinwegzuräumen, welche die Durchberathung des Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetzes stören könnten. Der Reichstag muß auch das letztere erledigen, aber das wird nur dann möglich sein, wenn das Abgeordnetenhaus dies nicht hindert durch gleichzeitiges Tagen. Deshalb hoffe ich, daß das Ministerium unsere Bitte erfüllen wird. Am besten wäre es, wenn der Landtag geschlossen oder vertagt würde; ich bitte deshalb den Herrn Präsidenten, die Verwaltungsgesetze vorläufig nicht zur Berathung zu stellen.

Minister v. Puttkamer: Ueber die geschäftliche Lage will ich mich nicht äußern, da die Geschäftsordnungsdebatte morgen doch wiederholt werden wird. (Sehr richtig! rechts.) Ich will nur meiner Ueberraschung darüber Ausdruck geben, daß ein Abgeordneter, wenn auch nur konditionell, die Absicht des Ministeriums, die Botschaft und deren Ziele zu unterstützen, in Frage stellt. Damit würden wir gegen unseren Eid verfahren, und ich erkläre, daß ich das Staatsministerium aufs Entschiedenste gegen solche Unterstellung verwahre. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Rauchhaupt: Wir sind an dem Punkte angelangt, der vor Ostern bereits vorausgesehen werden konnte. Es war ganz klar, daß Sie sich durch die Vertagung in eine Kollision mit dem Reichstag bringen würden; Sie sind durch ihre eigenen Beschlüsse in diese Lage versetzt und nun protestiren Sie dagegen. (Lebhafter Widerspruch links.) Davon steht in der Botschaft nichts, daß das Unfallgesetz sofort erledigt werde, das soll für den Winter reservirt werden, es wird allein die Berathung des Etats pro 1884/85 gefordert. (Sehr richtig! rechts.) Die schwierigsten Kommissionssitzungen sind hier und im Reichstag erledigt, und es handelt sich jetzt nur darum, die Früchte dieser Arbeiten im Plenum einzuheimsen. Das ist sehr gut möglich und diejenigen von den 350 Abgeordneten, die nicht im Reichstage sitzen und der Berathung der Verwaltungsgesetze widersprechen, werden vom Volke dafür verantwortlich gemacht werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz-Neukirch: Ich will nur gegen die Meinung protestiren, als ob diejenigen, die die Berathung der Verwaltungsgesetze wünschen, den Intentionen der Botschaft zuwiderhandeln. Wie Konflikte mit dem Reichstag zu vermeiden sind, werden wir bei jedem konkreten Falle entscheiden und ich werde Ihnen dann annehmbare Vorschläge machen.

Abg. Dirichlet: Es ist von Niemand bestritten worden, daß diejenigen Herren, welche die Berathung der Verwaltungsgesetze wollen, nicht auf dem Boden der Botschaft stehen. Aber praktisch würden wir der Botschaft zuwider handeln, wenn wir in die Berathung derselben eintreten würden. Der Abg. von Rauchhaupt scheint übersehen zu haben, daß wir durch königliche Verordnung vertagt worden sind. (Sehr richtig! links.) Es ist doch seltsam, daß der Führer der Konservativen so wenig mit parlamentarischen Vorkommnissen vertraut ist. (Sehr gut! links.) Also die Regierung trägt die Verantwortung für die bedrängte Geschäftslage und ich habe geglaubt, daß sie wenigstens an den Herrn Präsidenten das Ersuchen richten werde, von der Berathung der Verwaltungsgesetze einstweilen abzustehen. Die Herren von der Rechten würden hier eine andere Sprache sprechen, wenn sie nicht in so geringer Zahl im Reichstage vertreten wären. (Sehr wahr! links.)

Abg. Rickert: Der Protest des Herrn Ministers gegen etwas, was ich nicht gesagt habe, hat mich in Erstaunen gesetzt. Ich muß dem Minister doch erwidern: Jeder spricht, wie er Lust hat, und ich habe nicht gewußt, daß wir noch Vorschriften über die Form, wie wir sprechen sollen, vom Ministertisch entgegennehmen müßten. — Die Interpretation der Botschaft durch Herrn von Rauchhaupt ist vollständig falsch, der Kaiser will eine schleunige Berathung des Unfallgesetzes und auch wir wollen nicht, daß es länger unerledigt bleibt. Das ist aber nur möglich, wenn die Arbeiten des Reichstages nicht durch die Berathungen des Abgeordnetenhauses gestört werden. An dem Einheimsen der Früchte Ihrer Thätigkeit wollen wir Sie (zur Rechten) nicht hindern und auch dem Herrn Minister wollen wir den Ruhm nicht rauben. Wir konstatiren aber mit unserem Widerspruch gegen die Berathung der Verwaltungsgesetze vor dem Lande, daß wir dem Reichstag für seine wichtigeren Arbeiten Raum schaffen wollen.

Abg. v. Rauchhaupt: Die Königliche Vertagungsordre ist nach dem Beschluß des Seniorenkonvents erfolgt. (Heiterkeit links.) Sie (zur Linken) wollen, weil Sie in der Minorität sind, nicht, daß hier etwas zu Stande komme. (Heiterkeit links.) Wenn Sie den guten Willen haben, dann können wir erreichen, was wir wollen, und ich verstehe nicht, wie sich die Herren mit diesem spärlichen Resultat einer sechsmonatlichen Session zufrieden geben wollen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Ludwig: Die Schuld an der bedrängten Geschäftslage liegt an dem Seniorenkonvent; aber ich habe mich in der ganzen Geschäftsordnung umgesehen, ohne von dem Seniorenkonvent etwas entdeckt zu haben. Ich denke, es sollte hier streng nach der Geschäftsordnung verfahren werden. Was wir vor Ostern über die Vertagung wußten, hatten wir nur aus den Zeitungen. Um 180,000 Mark zu ersparen, wurden wir vertagt, anstatt uns bis zum 19. März tagen zu lassen und am Dienstag nach Ostern die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Wir hätten damit 11 Plenarsitzungen mehr halten können. Der Seniorenkonvent ist also der Karnickel, „der hier angefangen hat." (Große Heiterkeit!)

Abg. Freiherr v. Minnigerode: Aus den Worten der Herren von der Linken geht hervor, daß sie sich aus persönlichen Gründen der Berathung der Verwaltungsgesetz widersetzen. Dabei hätte sich Herr Rickert die Beziehung auf die kaiserliche Botschaft ersparen können. Das Krankenkassen- und Unfallgesetz sind ganz einfache Dinge (Heiterkeit links) und es ist gar nicht einzusehen, daß durch die Verwaltungsgesetze die Geschäfte des Reichstages gestört werden. Die Botschaft will das Unfallgesetz übrigens erst im Winter berathen und bezeugt selbst, daß es sehr wichtig ist, wenn die Verwaltungsgesetze baldigst erledigt werden. Eine Kollision ist gar nicht denkbar.

Abg v. Schorlemer (Alst): Trotz der halben Stunde, die wir schon auf diese Debatte verwenden, werden wir morgen nicht früher fertig werden (Sehr richtig!) und es wäre sehr zweckmäßig, wenn der Herr Präsident morgen eine besondere Stunde für die Geschäftsordnungsdebatte ansetzen wollte. (Heiterkeit.) Dann möchte ich Herrn von Zedlitz-Neukirch bitten, die annehmbaren Vorschläge, von denen er gesprochen, uns mitzutheilen. Er hätte damit den Stein der Weisen gefunden. (Sehr richtig! links.) Ich bitte den verehrten Herrn, uns doch noch heute diese guten Vorschläge mitzutheilen, damit wir bis morgen darüber nachdenken könnten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hänel: In diese Bitte stimme ich mit Herrn v. Schorlemer überein. Wenn die Herren von der Rechten glauben, daß das Unfallgesetz für den Winter besser vorbereitet werde, so bitte ich Sie, doch mehr für den Tag zu denken. Die Herren bedenken nicht, daß das Krankenkassengesetz präjudiziell für das Unfallgesetz ist und eine Berathung des ersteren ohne Bezug auf das andere nicht möglich ist. Das glaubt wohl auch keiner von den Herren auf der Rechten und es ist wohl nur auf einen äußerlichen Eindruck abgesehen, daß die Verwaltungsgesetze neben den Arbeiten des Reichstags erledigt werden können. Wer von Ihnen ist denn im Stande, gleichzeitig die verschiedenen Kommissionsberichte zu studiren. Ob die Vertagung nach den Beschlüssen des Seniorenkonvents erfolgt ist, ist sehr unwesentlich, deshalb bleibt sie doch ein königlicher Akt und gerade die Vertagung hat uns in die unangenehme Lage gebracht. Wie kann man denn behaupten, daß wir, die Minorität, die Verhandlungen uns unangenehmer Gesetze möglichst hinausschieben wollen, das ist doch ein Widerspruch; denn ein solches Streben könnte die Majorität leicht unmöglich machen.

Abg. Windthorst: Herr von Rauchhaupt hat erklärt, daß jeder, der die Verwaltungsgesetze nicht jetzt berathen wissen will, gegen dieselbe sei. Ich habe nicht die Absicht, dieselben nicht zu Stande kommen zu lassen, halte es aber doch für zweckmäßig, den Landtag bis zum Oktober zu vertagen.

Abg. Dirichlet: Wenn die Konservativen auf die Anwesenheit des Herrn von Minnigerode bei der Berathung der Verwaltungsgesetze kein Gewicht legen, so ist uns das gleichgiltig, aber wir von der Linken wollen nicht darauf verzichten, der Berathung eines so wichtigen Gesetzes beizuwohnen.

Präsident v. Köller: Herr von Levetzow hat mir versichert, daß der Reichstag wöchentlich einen Tag aussetzen wird, den wir ganz für uns haben werden, und für die anderen Tage haben wir Zeit von 10 bis 1 Uhr. (Rufe: neun Uhr!) Unter diesen Umständen können wir bis Pfingsten die zweite und dritte Berathung der Verwaltungsgesetze erledigt haben und das Herrenhaus könnte sich gleich nach Pfingsten darüber schlüssig machen. Schluß $1\frac{1}{2}$ Uhr.

---

r. Stadtverordnetensitzung

am 19. April.

Anwesend sind 29 Stadtverordnete, und zwar die Herren: Brodnitz, Dr. Buski, Fiebig, Fontane, Dr. Friedländer, Herz, Jäckel, B. Jaffe, A. Kantorowicz, Kirsten, Klemme, König, Kronthal, Dr. Landsberger, Lange, Dr. Lebinski, Manheimer, Milch, Müller, Mützel, Orgler, Prausnitz, Röstel, Rosenfeld, Schweiger, Dr. Szymanski, Tschuschke, Türk, Ziegler. Von Magistratsmitgliedern sind anwesend Bürgermeister Herse und die Stadträthe: Stadtbaurath Grüder, Kantorowicz, Dr. Loppe, Rump. — Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, macht der Vorsitzende, Stadtv. B. Jaffe, einige geschäftliche Mittheilungen. Nach einer Mittheilung des Magistrats ist von demselben in Folge des bei der Etatsberathung pro 1883/84 gefaßten Beschlusses ein Theil des Mobiliars des Stadttheaters in Selbstversicherung übernommen worden. Da dieser Gegenstand nicht auf der Tagesordnung steht, so wird von einer Diskussion über denselben vorläufig Abstand genommen.

Es wird hierauf in die Feststellung der Bedingungen für Submissionen und Vergebung von Leistungen und Lieferungen eingetreten. Magistrat hatte den Antrag gestellt, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß die für Submissionen und Vergebung von Leistungen und Lieferungen für den Staat eingeführten ministeriellen Bedingungen auch für die Stadtgemeinde Posen adoptirt würden. Die Baukommission hat die Angelegenheit eingehend berathen, und ihr Votum, welches in manchen Punkten von den ministeriellen Bedingungen abweicht, in einer zur Vertheilung gelangten Druckschrift niedergelegt. Nachdem nun in der Sitzung am 4. d. M. beschlossen worden war, die Rechtskommission mit der Berathung über die von der Baukommission in Betreff des Schiedsgerichts gemachten Vorschläge (§ 19) zu beauftragen, so berichtet im Namen der Rechtskommission zunächst Stadtv. Klemme. Derselbe erklärt, daß die Kommission keinerlei Bedenken in Betreff der gemachten Vorschläge hege, und demnach in rechtlicher Beziehung empfehle, den § 19 gemäß dem Entwurfe anzunehmen. — Gemäß dem Antrage des Stadtv. Fontane wird zunächst über diejenigen Bedingungen berathen in Betreff deren Magistrat und Kommission im Wesentlichen einverstanden sind. — Es werden nun von der Versammlung die allgemeinen Bedingungen, sowie alle von der Kommission nicht beanstandeten Bedingungen in Betreff der Leistungen und Lieferungen angenommen. Nur bei einzelnen Paragraphen werden kleine Aenderungen gemacht. Magistrat hatte beantragt, die Abgebote sollten in ganzen Prozentsätzen gemacht werden; die Kommission dagegen: das Wort „ganzen" soll wegfallen, und dieser Antrag wird angenommen. Eine längere Diskussion entwickelt sich darüber, ob Mitglieder des Magistrats und Stadtverordnete von der Betheiligung an Submissionen auszuschließen seien, oder nicht. Die Baukommission hatte sich in ihrer früheren Zusammensetzung für den Ausschluß, in ihrer jetzigen Zusammensetzung gegen den Ausschluß ausgesprochen. Stadtv. Tschuschke empfiehlt unter Hinweis auf möglicherweise eintretende Konflikte den Ausschluß; gegen den Ausschluß sprechen die Stadtv. Prausnitz, Fontane, Kirsten, Jäckel, Dr. Lebinski. Von ersterem wird dabei darauf hingewiesen, daß, wenn Magistrats-Mitglieder und Stadtverordnete von der Betheiligung ausgeschlossen würden, man sich, zum Schaden der Stadtgemeinde, nach der einen oder nach der anderen Seite hin tüchtiger Kräfte berauben werde; entweder würden Personen, welche als Stadtverordnete Tüchtiges leisten könnten, eine solche Wahl ablehnen, um sich nicht des Rechtes der Betheiligung an Submissionen zu begeben; oder es würden Personen, welche z. B. in baulicher Beziehung Tüchtiges für die Stadtgemeinde leisten würden, dadurch brach gelegt, daß sie Stadtverordnete oder Magistratsmitglieder sind. — Nach längerer Diskussion wird der Antrag der Kommission, Magistratsmitglieder und Stadtverordnete von der Betheiligung an Submissionen auszuschließen, von der Versammlung abgelehnt. — Eine weitere Diskussion entwickelt sich darüber, von welchem Termine ab die Submittenten eine bestimmte Zeit lang an ihre Offerten gebunden sein sollen: von der Einreichung der Offerten, von dem Submissionstermine, oder von der Ertheilung des Zuschlags ab. Die Versammlung beschließt, daß die Submittenten von dem Submissionstermine ab eine bestimmte Zeit (14 Tage rc.) gebunden sein sollen, daß dagegen auch der Zuschlag in einer bestimmten Frist von dem Submissionstermine ab zu erfolgen habe. — Die weitere Berathung über diejenigen Bedingungen, in Betreff deren Magistrat und Kommission wesentlich von einander divergiren, wird vertagt.

Ueber den Antrag des Stadtv. Dr. Friedländer und Genossen, betreffend die Umwandlung der Mittelschule Zwecks Erlangung der Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste, berichtet als Referent Stadtv. Türk, und führt dabei etwa Folgendes

aus: Nachdem durch Errichtung der 5. Stadtschule mit großen Opfern eine breite Grundlage für das Volksschulwesen unserer Stadt geschaffen, Vieles aber noch absichtlich unfertig und provisorisch gelassen worden sei, trete jetzt die Aufgabe an die städtischen Behörden heran, diesen Ausbau in die Hand zu nehmen, und zwar mit der Mittelschule zu beginnen. Als die Mittelschule errichtet wurde, beabsichtigte man, damit eine sogenannte Hoffmann'sche Mittelschule, nicht eine Mittelschule der allgemeinen Bestimmungen ins Leben zu rufen; die Mittelschule der allgemeinen Bestimmungen sei die Bürgerschule in ihrer gegenwärtigen Verfassung. Die Mittelschule sei die höchste Organisation der Volksschulen, die jetzige höhere Bürgerschule dagegen die niedrigste Organisation der höheren Schulen; die hiesige Bürgerschule habe nach einem Ausspruche des verstorbenen Oberbürgermeisters Naumann die Aufgabe, zum niederen Handwerkerstande heranzubilden. Die Mittelschule, welche wir gegenwärtig haben, sei weder eine Mittelschule nach altem Stile, noch eine nach neuem Stile; denn in der Mittelschule nach altem Stile werde nur eine fremde Sprache gelehrt, in der hiesigen aber werden zwei fremde Sprachen gelehrt; eine höhere Bürgerschule aber sei unsere Mittelschule auch nicht, da die wissenschaftliche Behandlung gewisser Disziplinen in den oberen Klassen derselben nicht durch akademisch gebildete Lehrer erfolgt; es fehle ihr daher auch die staatliche Kontrolle und Anerkennung. Die höhere Bürgerschule habe eine hohe Bedeutung für den Mittelstand, werde daher auch vielfach in Lehrerversammlungen und Fachschriften besprochen und sei ein Lieblingskind der Kommunen; auch geben viele Fachschulen zu Gunsten dieser höheren Bürgerschule ein. Es liege im Naturell des deutschen Wesens, daß der Vater seinen Kindern zunächst eine breite Bildungs-Grundlage zu geben bestrebt sei, welche dieselben befähigen, jeden Lebensberuf zu ergreifen. Ein nothwendiges Korrelat für diese höhere Bürgerschule sei nun die Berechtigung, zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste zu entlassen. Bei der Störung im Fach-Berufe, welche mit einer dreijährigen Dienstzeit unzweifelhaft verknüpft sei, könne diese Frage der Entlassung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienste als eine soziale betrachtet werden, zu deren Lösung beizutragen die Kommune verpflichtet sei, indem sie ein Glied in unser Schulwesen einrücke, welches uns noch fehlt. Was die hiesige Realschule betrifft, so sei sie zu dem Zwecke gegründet worden, um eine Bildungsstätte zu werden für weitere bürgerliche Berufskreise, sowie behufs Erziehung des Selbstbewußtseins zu einem auf solide Bildung stolzen Bürgerthume. So ungeheucheltes Lob nun auch den Leistungen dieser Schule und der an ihr wirkenden Lehrer gezollt werde, liege es doch an der historischen Entwickelung des Realschulwesens, daß unsere Realschule den intendirten Zwecken nicht gerecht geworden sei. — Was nun die gegen die Umgestaltung der Mittelschule in eine höhere Bürgerschule erhobenen Einwände betrifft, so werde zunächst gesagt: man werde den Handwerkerstand depossediren, indem man ihn aus der Mittelschule dränge; es sei das nicht wahr, die Handwerker lassen ihre Söhne meistens schon aus der 2. oder 3. Klasse der Mittelschule abgehen; man müsse aber das Bedürfniß zum Besuche einer höheren Bürgerschule in weiteren Kreisen anregen. Es werde ferner behauptet, die Freiwilligen, welche die höhere Bürgerschule besucht hätten, würden doch nicht zu Reserve-Offizieren gemacht werden; die meisten Väter derartiger Freiwilligen beabsichtigten dies aber auch gar nicht. Wenn ferner gesagt wird: es werde durch die Bestrebungen, die Mittelschule umzuwandeln, Unruhe in dieselbe hineingetragen, so sei dagegen zu erwidern, daß nur die Konsequenzen eines schon seit langer Zeit bestehenden Planes gezogen würden. Die Kosten für die Umgestaltung würden nicht so erheblich sein, wie dies von gegnerischer Seite behauptet wird; außer einem an der Anstalt bereits angestellten akademisch gebildeten Lehrer würden nur noch zwei solche Lehrer erforderlich sein; der bisher an der Anstalt wirkende Rektor aber sei ein so hoch gebildeter Mann, daß die Regierung unzweifelhaft ihn in seiner Stellung belassen würde. Wenn ferner behauptet werde, die Mittelschullehrer, deren Leistungen ja hoch zu schätzen seien, würden durch das Einrücken der akademisch gebildeten Lehrer geschädigt werden, so finde ja überhaupt an der Mittelschule ein Rücken nicht statt, und eine Gehaltsskala existire an derselben nicht. Es werde demnach der Antrag gestellt: der Magistrat möge ersucht werden, die Ueberleitung der Mittelschule in eine höhere Bürgerschule in Aussicht zu nehmen und der Versammlung eine Vorlage zu machen, event. möge die Angelegenheit an die Kommission verwiesen werden. — Stadtv. Klemme schließt sich als Korreferent im Wesentlichen den Ausführungen des Referenten an, und empfiehlt, den Antrag des Stadtv. Türk anzunehmen. — Der Vorsitzende verliest hierauf ein von dem Regierungs-Schulrath Hielscher, dem früheren Rektor der Anstalt, eingegangenes Telegramm, in welchem dieser die Versammlung ersucht, im Interesse der Bürgerschaft die Mittelschule in ihrem bisherigen Stande zu belassen. — Stadtv. Kirsten erklärt, ganz und voll auf dem Boden der Antragsteller zu stehen, und beantragt, die Angelegenheit bei deren Wichtigkeit bis zur nächsten Sitzung zu vertragen, der dann vielleicht auch der Dezernent für das städtische Schulwesen, Oberbürgermeister Kohleis, beiwohnen werde. — Stadtv. Fontane beantragt mit Rücksicht darauf, daß zur Ueberleitung der Mittelschule in eine höhere Bürgerschule erhebliche Mittel erforderlich seien, die Finanzlage der Kommune aber eine Erhöhung der Aufwendungen für das Schulwesen zur Zeit nicht angängig erscheinen lasse, über die Vorlage zur Tagesordnung überzugehen. — Bürgermeister Herse erklärt zunächst, es sei von dem Magistrat in dieser Angelegenheit keinerlei Anfrage an den Schulrath Hielscher gerichtet worden. Der Magistrat sei den von ihm gegen die Umgestaltung in der neulichen Sitzung erhobenen Einwänden beigetreten, und durch die von dem Rektor und von anderen Seiten eingeholten Gutachten in seinen Ansichten nur bestärkt worden. — Nachdem auch Stadtv. Orgler beantragt hat, die Angelegenheit einfach bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, und dieser Antrag von mehreren Seiten befürwortet worden ist, wird derselbe von der Versammlung angenommen.

Damit erreicht die Sitzung nach 2¼ stündiger Dauer 7 Uhr Abends ihr Ende.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 19. April. Se. Majestät der Kaiser nahm gestern den Vortrag des Chefs des Zivilkabinets von Wilmowski entgegen und machte sodann eine Spazierfahrt. Zum Diner war der Regierungspräsident von Wurmb eingeladen. Heute Vormittag hatte der Chef des Militärkabinets, General-Lieutenant v. Albedyll, Vortrag bei Sr. Majestät.

Karlsruhe, 19. April. Die Frau Großherzogin ist heute Nachmittag nach Wiesbaden abgereist.

München, 18. April. Die Kammer der Abgeordneten erledigte heute die Nothstandsvorlage. Die Regierungsvorlage wurde abgelehnt und die Anträge des Ausschusses in allen Punkten mit 83 gegen 68 Stimmen der Linken angenommen.

München, 19. April. Der Herzog und die Herzogin von Genua sind heute Vormittag 11 Uhr über Lindau und Zürich, wo dieselben übernachten werden, nach Italien abgereist. Sämmtliche Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses gaben denselben bis zum Bahnhofe das Geleite. — Die Abgeordnetenkammer hat den Antrag des Abgeordneten Keßler betreffend die Aenderung der Sozialgesetzgebung an eine aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission verwiesen. Der Minister des Innern hielt den Zeitpunkt zu einer Revision namentlich des Armengesetzes für nicht günstig gewählt, da das projektirte Reichsgesetz über die Krankenversicherung auf das bayerische Armengesetz von Einfluß sein werde.

Schwerin i. M., 18. April. Der Fürst Hugo Windisch-grätz ist mit seinem Sohne heute Abend hier eingetroffen.

Wien, 19. April. Das Abgeordnetenhaus lehnte den Minoritätsantrag, über die Novelle zum Schulgesetz zur Tagesordnung überzugehen, mit 174 gegen 158 Stimmen ab. Der Antrag, in die Spezialdebatte der Vorlage einzugehen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 164 Stimmen angenommen.

Wien, 18. April. Wegen des Ablebens der Erzherzogin Marie Antoinette ist Hoftrauer für die Zeit vom 20. April bis 1. Mai angeordnet worden. Gleichzeitig hiermit wird vom 21. April ab zehn Tage hindurch Trauer für den Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und den Herzog von Parma getragen.

Wien, 19. April. Das Reichsgericht hat die Beschwerde des „Tagblattes" und der „Vorstadtzeitung" wegen Entziehung der Verschleißlizenz verworfen.

Paris, 19. April. [Deputirtenkammer.] Vom Finanzminister Tirard wurde ein Gesetzentwurf über Konvertirung der fünfprozentigen Anleihe in eine 4½prozentige eingebracht. In dem Exposé der Motive, welches der Finanzminister verlas, wird auf die Opportunität der Maßregel hingewiesen, sowie auf das Recht des Staates, welcher dadurch eine Ersparniß von 34 Millionen Franks erzielen werde. Man dürfe annehmen, daß die neue 4½prozentige Anleihe einen günstigen Kurs erlangen werde. Die Besitzer der 5prozentigen Anleihe würden eine Frist von 10 Tagen erhalten, um die Einlösung zu verlangen. Nach Ablauf dieser Frist soll von denjenigen, welche die Einlösung nicht verlangt haben, angenommen werden, daß sie der Konvertirung zustimmen. Diese sollen für die Dauer von 5 Jahren gegen die Eventualität einer Einlösung gegen Pari sicher gestellt werden. Der Minister meint, daß die Anträge auf Einlösung der 5prozentigen Anleihe wenig zahlreich sein werden. Uebrigens seien Maßregeln ergriffen, um nöthigenfalls die Einlösung mittelst Schatzbons oder Vorschüssen der Bank zu bewirken. In der Vorlage ist ferner bestimmt, daß die Renten, die in 4½prozentige konvertirt werden, noch bis zum 16. August d. J. im Genusse 5prozent. Zinsen bleiben. Der Deputirte Marcou (radikal) legte einen Gegenentwurf vor, welcher darauf hinausgeht, die 5prozentige Rente in eine beständige 3prozentige Rente umzuwandeln. — Die Kammer beschloß, morgen eine Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs zu wählen. — Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, brachte einen Gesetzentwurf ein über die Unterdrückung von Straßen-Kundgebungen, bei denen aufrührerische Rufe vorkommen und aufrührerische Abzeichen gebraucht werden. — Von dem Minister des Auswärtigen, Challemel-Lacour, wurde eine Kreditforderung von 370,000 Fr. zur Bestreitung der für die Vertretung Frankreichs bei der Kaiserkrönung in Moskau erforderlichen Kosten eingebracht. Die nächste Sitzung der Kammer wurde auf nächsten Sonnabend anberaumt.

Marseille, 18. April. Eine Versammlung von 2000 strikenden Hafenarbeitern beschloß heute, auszuharren trotz der Reden mehrerer radikalen Deputirten, welche zur Verständigung riethen.

Haag, 18. April. Der Finanzminister macht amtlich bekannt, daß die Gesammtzeichnung auf die neue Anleihe 760 Millionen beträgt und daß nur etwa 8 Prozent der Zeichnung angenommen würden.

London, 18. April. Die in Liverpool vorgenommene Verhaftung des Kingston erfolgte nach einem heftigen Widerstande.

Petersburg, 18. April. Nachrichten aus Zentralasien zufolge wird daselbst russischerseits die Anlage von Baumwollenpflanzungen vorbereitet, von denen man sich einen günstigen Erfolg verspricht. — Wie aus Rybinsk gemeldet wird, hat der Eisgang der Wolga im ganzen Laufe derselben begonnen.

Warschau, 18. April. Die Studenten-Unruhen setzten sich heute fort. Ueber 200 Relegirte, denen der Eingang in das Universitätsgebäude verwehrt wurde, bildeten den ganzen Tag über Zusammenrottungen und zerstreuten sich erst gegen Abend, als die Polizei, Gensdarmerie und Kavallerie-Abtheilungen die Krakauer Vorstadt und die umliegenden Straßen besetzten.

Baltischport, 19. April. Die Schifffahrt ist gestern durch den deutschen Dampfer „Straßburg" und den englischen Dampfer „Una" eröffnet worden.

Konstantinopel, 18. April. Der Fürst von Bulgarien ist auf dem türkischen Dampfschiff „Izzedin", das die bulgarische Flagge aufgehißt hatte, heute Vormittag hier angekommen. Derselbe wurde in seinem Absteigequartier von Vertretern des Sultans und der Pforte begrüßt und empfing darauf die hiesigen Vertreter des Auslandes. Am Nachmittage wurde der Fürst vom Sultan in feierlicher Audienz empfangen und machte später den Ministern Besuche.

Konstantinopel, 19. April. Vor der gestrigen Audienz übersandte der Sultan dem Fürsten von Bulgarien den Großkordon des Osmanie-Ordens in Brillanten.

Belgrad, 19. April. Der König reiste heute früh mit dem Finanzminister, Mijatovics, und dem Minister der öffentlichen Bauten, Garaschanin, nach Takowa ab.

Berlin, 20. April. Die Literarkonvention zwischen Deutschland und Frankreich ist gestern Nachmittag hier vollzogen.

London, 20. April. Die in der Dynamitaffaire Verhafteten: Wilson, Dalton, Curtin aus Burgh, Thomas und Bernard Gallagher erschienen heute mit dem von Birmingham hierher transportirten Whithead vor dem Polizeigericht von Bowstreet. Der verhaftete Normann ist Angeber geworden. Der Staatsprokurator legte die Gründe für die Erhebung der Anklage dar und erklärte, die Verhafteten würden wegen Hoch- und Landesverraths angeklagt werden.

London, 20. April. In dem Prozesse gegen die des Hochverraths angeklagten Verschwörer bezeugt Normann, das Dynamitkomplot sei durch die Brüderschaft der Fenier in New-York gebildet worden, deren Mitglieder Thomas Gallagher und er (Normann) gewesen. Gallagher habe eine herrschende Stellung in der Brüderschaft eingenommen, auch eine zeitlang den Berathungen beigewohnt. Gallagher beorderte ihn (Normann) nach London zu kommen und gab ihm das nöthige Reisegeld. Nach London angekommen, gab Gallagher ihm Instruktion und sandte ihn nach Birmingham, von wo er nach London mit einer Nitroglycerin-Schachtel zurückkehrte, ohne den Inhalt der Schachtel gekannt zu haben.

Liverpool, 20. April. Der des Mordes im Phönixpark mit beschuldigte Kingston ist in Begleitung von mehreren Polizisten nach Dublin gebracht worden. Die Polizeibehörden versichern, Kingston habe zu den Führern der Unüberwindlichen gehört und habe an mehreren Verschwörungen gegen Forster theilgenommen.

Udine, 20. April. Der Prozeß gegen Ragosa und Giordani hat unter großem Andrange des Publikums begonnen. Ragosa gab zu, er sei mit Oberdank gereist, aber ohne Mordabsichten. Giordani gestand ein, er sei Oberdank und Ragosa behilflich gewesen über die Grenze zu kommen. Er habe aber ihre Absichten nicht gekannt. Nach Verlesung der Anklage wurden siebzehn Zeugen vernommen.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
19. Nachm. 2	757,4	NO mäßig	trübe	+10,7
19. Abnds. 10	757,4	NO lebhaft	heiter	+ 3,5
20. Morgs. 6	757,2	N lebhaft	trübe	+ 3,2

Am 19. Wärme-Maximum: +11°8 Cels.
" " Wärme-Minimum: + 1°7 "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. April Morgens 1,62 Meter.
" " 19. " Mittags 1,62 "
" " 20. " Morgens 1,60 "

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 19. April. (Schluß-Course.) Fest, still, deutsche Bahnen abgeschwächt.

Lond. Wechsel 20,442. Pariser do. 81,05. Wiener do. 170,85. R.-M. S.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 101⅞. R.-M.-Pr.-Anth. 127⅜. Reichsanl. 102¼. Reichsbank 149⅜. Darmstb. 154⅜. Meining. Bk. 97. Oest.-ung. Bk. 710,00. Kreditaktien 268⅜. Silberrente 67⅜. Papierrente 66¼. Goldrente 83⅞. Ung. Goldrente 76⅞. 1860er Loose 120⅜. 1864er Loose 320,00. Ung. Staatsl. —,—. do. Ostb.-Obl. II. 96⅜. Böhm. Westbahn 263¾. Elisabethb. —. Nordwestbahn 176. Galizier 265½. Franzosen 288⅞. Lombarden 128¼. Italiener 91½. 1877er Russen 89⅞. 1880er Russen 72¾. II. Orientanl. 57¼. Zentr.-Pacific 112⅜. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57. Wiener Bankverein 94⅜. 5% österreichische Papierrente 79¼. Buschtehrader —. Egypter 76⅜. Gotthardbahn 126¼. Türken 12⅜.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 267½. Franzosen 287½. Galizier 264¾. Lombarden 128⅜. II. Orientanl. —. III. Orientanl. —. Egypter —. Gottbardbahn 126.

Wien, 19. April. (Abendbörse.) Ungarische Kreditaktien 309,50, österreichische Kreditaktien 313,20, Franzosen 335,90, Lombarden 149,80, Galizier 310,25, Nordwestbahn 205,00, Elbthal 228,00, österr. Papierrente 78,30, do. Goldrente 98,15, ungar. 6 pCt. Goldrente 120,30, do. 4 pCt. Goldrente 90,00, do. 5pCt. Papierrente 88,00, Marknoten 58,55, Napoleons 9,50, Bankverein 109,75. Ruhig.

Paris, 19. April. (Schluß-Course.) Schwach.

3proz. amortisirb. Rente 80,45, 3proz. Rente 79,35, Anleihe de 1872 112,62½, Italien. 5proz. Rente 91,20, Oesterreich. Goldrente 82⅞, 6proz. ungar. Goldrente 102½, 4proz. ungar. Goldrente 77, 5proz. Russen de 1877 92¾, Franzosen 712,50, Lombard. Eisenbahn-Aktien 325,00, Lombard. Prioritäten 298,00, Türken de 1865 12,02½, Türkenloose 57,25, III. Orientanleihe —.

Credit mobilier 375,00, Spanier neue $64\frac{5}{16}$, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2547,00, Banque ottomane 756,00, Union gen. —, Credit foncier 1342,00, Egypter 385,00, Banque de Paris 1057, Banque d'escompte 537,00, Banque hypothecaire —,—, Lond. Wechsel 25,22, 5proz. Rumänische Anleihe —,—.

Foncier egyptien 597,00.

Florenz, 19. April. 5pCt. Italien. Rente 91,27, Gold 20,00.

London, 19. April. Consols $102\frac{9}{16}$, Italien. 5prozentige Rente 90⅜, Lombarden 12⅞, 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 85½, 5proz. Russen de 1872 85, 5proz. Russen de 1873 87, 5proz. Türken de 1865 11⅞, 3½proz. fundirte Amerik. 105¾, Oesterreichische Silberrente —, do. Papierrente —, 4proz. Ungarische Goldrente 76⅜, Oesterr. Goldrente 83, Spanier 64, Egypter 76⅜, Ottomanbank 20⅛, Preuß. 4proz. Consols 101. Ruhig.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,61. Wien 12,11. Paris 25,42. Petersburg 23¼.

Silber —. Platzdiskont 2⅞ pCt.

In die Bank flossen heute 60,000 Pfd. Sterl.

Newyork, 18. April. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94¼, Wechsel auf London 4,82½, Cable Transfers 4,85½, Wechsel auf Paris 5,19⅜, 3½prozentige fundirte Anleihe 103, 4prozentige fundirte Anleihe von 1877 119½, Erie-Bahn 37⅞, Zentral-Pacific-Bonds 114½, Newyork Zentralbahn-Aktien 126⅞, Chicago- und North Western-Eisenbahn 149½.

Geld leicht, für Regierungsbonds 4, für andere Sicherheiten 4 Prozent.

Produkten-Kurse.

Hamburg, 19. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert. Termine höher, per April-Mai 189,00 Br., 188,00 Gd., per Juli-August 191,00 Gd., 193,00 Gd. — Roggen loco unverändert, auf Termine fester, per April-Mai 137,00 Br., 136,00 Gd., per Juli-August 142,00 Br., 141,00 Gd. — Hafer u. Gerste unverändert. Rüböl fest, loco 74,00 nom., Mai 71,50. — Spiritus still, April 41 Br., per Mai-Juni 41 Br., per Juli-August 41¼ Br., per August-Sept. 42¼ Br. — Kaffee fest. Umsatz 5000 Sack. — Petroleum matt, Standard white loco 7,80 Br., 7,70 Gd., per April 7,75 Gd., per August-Dezember 8,30 Gd. Wetter: Schön.

Wien, 19. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,03 Gd. 10,08 Br., per Herbst 10,23 Gd., 10,28 Br. Roggen per Frühjahr 7,70 Gd., 7,75 Br., per Herbst 7,90 Gd., 7,95 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,00 Gd., 7,05 Br. Mais (internationaler) pr. Mai-Juni 6,83 Gd., 6,88 Br.

Pest, 19. April. Produktenmarkt. Weizen loko matt, per Frühjahr 9,85 Gd., 9,90 Br., per Herbst 9,97 Gd., 10,00 Br. — Hafer per Frühjahr 6,60 Gd., 6,70 Br., per Herbst 6,65 Gd., 6,67 Br. Mais per Mai-Juni 6,40 Gd., 6,42 Br. Kohlraps pr. Aug.-September 14.

London, 19. April. An der Küste angeboten 17 Weizenladungen. Wetter: Warmer Regen.

London, 19. April. Havannazucker Nr. 12 23⅛ stetig. Centrifugal Cuba —.

Produkten-Börse.

Berlin, 19. April. Wind: NO. Wetter: Prachtvoll.

Das Wetter ist prachtvoll, aber die an der Börse herrschenden Vorstellungen decken sich augenblicklich nicht mit den Anschauungen des Landmanns, welcher für den Augenblick den von der Spekulation ersehnten Regen nicht nur nicht vermißt, sondern vorläufig noch gern entbehrt. Aber die Tendenz der Spekulation ist kräftiger als diese Ansicht und sie verschaffte sich heute in fast allen Artikeln ziemlich kräftigen Ausdruck.

Loko-Weizen behauptete seinen Werth. Auf Termine übten die gebesserten Newyorker Notirungen, der eher günstigere Tenor der englischen Berichte und die trockene Witterung recht günstigen Einfluß. Kommissionäre und Platzspekulation gingen mit ziemlich starken Ankäufen auf Sommersichten vor und steigerten den Werth des Artikels etwa 2½ Mark, wovon ein Theil durch Realisationen auf laufenden Termin schließlich wieder verloren ging.

Im Roggen-Effektivhandel ließ sich eine größere Belebung nicht wahrnehmen. Bezahlte Preise waren nur eben behauptet. Auf Termine wirkten die oben erwähnten Motive vortheilhaft. Ein Theil der Besserung war auch hier durch Realisationen schließlich wieder geschwunden. Loko-Hafer besser. Termine wesentlich theurer. Roggenmehl etwas höher. Mais effektiv still. Termine merklich besser.

Rüböl profitirte von den aus Paris vorliegenden Nachrichten, die wir an anderer Stelle besprechen, nicht unerheblich. Nahe Termine schlossen 2½ Mark höher als Dienstag, Herbst knapp 1 Mark. Petroleum matt. Spiritus in fester Haltung, aber nur in naher Lieferung etwas besser und im Allgemeinen sehr wenig belebt.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loko 130—200 Mark nach Qual., polnischer — ab Bahn bez., fein weiß — ab Bahn bez., per diesen Monat — M. bez., gelbe Lieferungsqualität 191,5 M., per April-Mai 191—192—191,5 bez., per Mai-Juni 190—191,75—191 bez., per Juni-Juli 191,5—191,75—191,25 bez., per Juli-August 192—191,5 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 195—196 bis 195,5 bez., per Okt.-Nov. — bez. Durchschnittspreis —. M. Gekündigt 11000 Ztr. per 1000 Kilogramm. Kündigungspreis —.

Roggen per 1000 Kilogramm loko 126—140 nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M., inländischer gut 135—137, mittel 138 bis 139 ab Bahn bez., feiner —, abgelaufene Anmeldungen vom 12. April cr. 140 verk., hochfein —, per April-Mai 140,25—140,75—140,5 bez., per Mai-Juni 140,5—141—140,5 bez., per Juni-Juli 142—142,75 bis 142,25 bez., per Juli-August 143,5—144,25—143,75 bezahlt, per August-September — bez., per September-Oktober 147—147,5—147 bez. — Gekündigt 29,000 Ztr. Durchschnittspreis —. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 120—200 nach Qualität, Oderbrucher Mittel 130 M., Märkische mit Geruch 123 M.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 118—150 nach Qualität, guter preußischer 126—133, do. feiner — bez., guter pomm. 125—130 bez., per diesen Monat —, per April-Mai 126 bez., per Mai-Juni 124 bez., per Juni-Juli 127,5, bez., per Juli-August 130 bez., Lieferungsqualität 126 M. Gekündigt 2000 Ztr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogramm. Durchschnittspreis — bez.

Erbsen Kochwaare 160—220, Futterwaare 140—153 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko und per diesen Monat — G., per April-Mai — bez., per Mai-Juni 27,5 bez., per Juni-Juli — G., per Juli-August — M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko und per diesen Monat — G., per April-Mai — bez., per Mai-Juni 27,5 bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-August — M.

Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Sack. Loko und per diesen Monat —,— M., per Oktober-November — Gd.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inkl. Sack per diesen Monat 20,25—20,15 bez., per April-Mai 20,25 bis 20,15 bez., per Mai-Juni 20,25—20,15 bez., per Juni-Juli 20,55 bis 20,50 bez., per Juli-August — bez., per September-Oktober —. — Gek. 1000 Ztr. Durchschnittspreis —.

Weizenmehl Nr. 00 26,75—24,75, Nr. 0 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 21,75—20,75. — Roggenmehl Nr. 0 21,75—20,75, Nr. 0 u. 1 20,25—18,35. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Rüböl per 100 Kilogramm loko mit Faß — M., ohne Faß 68,5 bez., per diesen Monat und per April-Mai 69,5—69,8—69,5 bezahlt, per Mai-Juni 69,5—69,7—69,3 bez., per Juli-August — bez., per September-Oktober 62,2—62,8—62,3 bez., per Oktober-November — bez. — Gekündigt 1500 Ztr. Durchschnittspreis —.

Petroleum, raffinirtes (Standart white) per 100 Kilogr. mit Faß in Posten von 100 Kilogr., loko 24,8 M., per diesen Monat 24,3 M., per April-Mai 24 M., per September-Oktober 26,6 M. — Gekündigt — Zentner. Durchschnittspreis —.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pCt. loko ohne Faß 53,3 bezahlt, loko mit Faß 52,8—52,9 bez., mit leihweisen Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei Haus — bez., per diesen Monat und per April-Mai und per Mai-Juni 53—53,2 bez., per Juni-Juli 54—54,2—54,1 bez., per Juli-August 54,8 bez., per August-September 55—55,1 bez., per September-Oktober 54 bez., per Oktober-November — bez., per November-Dezember — bezahlt. — Gek. 120,000 Liter. Durchschnittspreis —.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 19. April. Die heutige Börse eröffnete in festerer Haltung und mit meist etwas schwächeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Notirungen lauteten zwar meist günstig, gewannen aber hier keinen nachhaltigen Einfluß auf die Stimmung. Das Geschäft entwickelte sich ruhig und bei mangelnder Kauflust mußten die Kurse später zumeist wieder etwas nachgeben.

Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten bei kleinem Geschäfte ihren Preisstand behaupten.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige wiesen feste Gesammthaltung bei mäßigen Umsätzen auf.

Der Privatdiskont wurde mit 2⅞ Prozent für feinste Briefe notirt.

Auf internationalem Gebiet setzten österreichische Kreditaktien und Franzosen höher ein und gingen ziemlich lebhaft um, später gaben dieselben aber nicht unerheblich nach, Lombarden waren höher und ruhig.

Von den fremden Fonds sind russische Anleihen und ungarische Goldrente als behauptet und sehr ruhig zu nennen, auch Italiener wenig verändert.

Deutsche und preußische Staatsfonds verkehrten in fester Haltung mäßig lebhaft, inländische Eisenbahnprioritäten fest und vereinzelt gefragt.

Bankaktien waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandit-Antheile schwach, Deutsche Bank behauptet, Darmstädter etwas besser.

Industriepapiere ziemlich fest und theilweise lebhaft, Montanwerthe fester.

Inländische Eisenbahnaktien waren fest; oberschlesische anfangs fester, später abgeschwächt; Berlin-Hamburg und ostpreußische Südbahn niedriger.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	4½	169,60 bz
Brüss. u. Antwerpen		81,00 bz
100 Fr. 8 T.	3½	80,60 bz
London 1 Lstr. 8 T.	3	20,435 bz
Paris 100 Fr. 8 T.	3	81,10 B
Wien, öst. Währ. 8 T.	4	170,60 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	6	200,70 bz
Warsch. 100 R. 8 T.	6	201,40 bz

Geldsorten und Banknoten.

Sovereigns pr. St.	20,39 G
20-Francs-Stück	16,22 G
Dollars pr. St.	4,22 bzG
Imperials pr. St.	
Engl. Banknoten	20,50 bzB
Französ. Banknot.	81,10 bz
Oesterr. Banknot.	170,80 bz
Russ. Noten 100 R.	201,70 bz

Zinsfuß der Reichsbank.

Wechsel 4 pCt., Lombard 5 pCt.

Fonds- und Staats-Papiere.

Dtsch. Reichs-Anl.	4	102,25 G
Kons. Preuß. Anl.	4½	104,10 bzG
do. do.	4	102,10 G
Staats-Anleihe	4	101,10 G
Staats-Schuldsch.	3½	98,50 G
Kur- u. Neum. Schldv.	3½	99,00 G
Berl. Stadt-Oblig.	4½	103,70 bz
do. do.	4	101,30 bzG
do. do.	3½	96,75 bz
Pfandbriefe.		
Berliner	5	108,25 G
do.	4½	103,75 G
do.	4	101,10 bz
Landschaftl. Zentral	4	101,70 bzG
Kur- u. Neumärk.	3½	96,20 bz
do. neue	3½	93,30 G
do.	4	102,30 bz
N. Brandenb. Kredit	4	
Ostpreußische	3½	92,80 G
do.	4	101,50 bzB
Pommersche	3½	92,75 ebzG
do.	4	101,70 B
do.	4½	103,00 B
Posensche neue	4	101,10 bzG
Sächsische	4	101,60 G
Schlesische altland.	3½	
do. Lit. A.	3½	
do. neue II.	4½	
Westpr., rittersch.	3½	92,60 bzG
do. do.	4	101,80 bzG
do. Neuldsch. II.	4	101,10 bz
do. do. II.	4½	101,30 G
Rentenbriefe.		
Kur- u. Neumärk.	4	101,25 bz
Pommersche	4	101,10 G
Posensche	4	101,00 G
Preußische	4	101,20 G
Rhein. u. Westf.	4	101,40 G
Sächsische	4	101,10 bz
Schlesische	4	101,10 G
Bayer. Anl. 1875	4	101,90 bz
Brem. do. 1880	4	
Hamb. St.-Rente	3½	89,00 G
Sächs. do.	3	81,20 B
Pr. Pr.-Anl. 1855	3½	149,50 G
Hess. Pr.-Sch. 40 T.	—	303,00 ebzG
Bad. Pr.-Anl. 1867	4	131,90 bz
do. 35 Fl.-Loose	—	228,00 bzB
Bayer. Präm.-Anl.	4	133,40 B
Brnschw. 20 Thlr.-L.	—	98,20 B
Cöln-Mind. Pr.-A.	3½	127,50 bz
Dess. St.-Pr.-Anl.	3½	
Dtsch. G. P.-Pfdb. I.	5	119,40 bz
do. do. II. Abth.	5	116,00 bzG
Hamb. 50 Thl.-Loose	3	189,10 G
Lüb. 50 Thlr.-Loose	3½	185,40 bz
Mein. 7 Fl.-Loose	—	28,70 bzG
Mein. H. Pr.-Pfdbr.	4	117,50 B
Oldenb. 40 Thlr.-L.	3	147,10 bzB

Ausländische Fonds.

Newyork. St.-Anl.	6	
do. do.	7	119,70 G
Finnländ. Loose	—	48,20 B
Italienische Rente	5	91,10 bzB
do. Tabaks-Obl.	6	101,60 G
Oest. Gold-Rente	4	83,70 bzB
do. Papier-Rente	4½	66,70 bzG
do. do.	5	79,50 G
do. Silber-Rente	4½	67,30 bz
do. 250 Fl. 1854	4	
do. Kreditl. 1858	—	325,00 G
do. Lott.-A. 1860	5	120,50 bzG
do. do. 1864	—	320,00 bz
Pester Stadt-Anl.	6	88,70 G
do. do. kleine	6	89,60 G
Poln. Pfandbriefe	5	62,80 à 90 bz
do. Liquidat.	4	54,40 bzG
Rum. mittel u. kl.	8	110,00 bz
do. St.-Obligat.	6	104,00 B
do. Staats-Obl.	5	98,90 bz
Russ. Engl. Anl. 1822	5	85,70 bz
do. do. 1862	5	86,40 bzB
do. do. kleine	5	86,50 bz
do. kons. Anl. 1871	5	87,50 bz
do. do. kleine	5	87,50 bz
do. do. 1872	5	87,50 bz
do. do. 1873	5	87,50 bz
do. Anleihe 1877	5	92,10 bz
do. do. 1880	4	72,50 à 72,60
do. Orient-Anl. I.	5	57 a 56,90 bz
do. do. II.	5	57,20 bz
do. do. III.	5	57,00 B
do. Poln. Schatzobl.	4	84,50 bzG
do. Pr.-Anl. 1864	5	138,90 bzG
do. do. 1866	5	133,60 B
do. Boden-Kredit	5	84,10 bz
do. Ztr.-B.-Kr.-Pf.	5	73,60 bzG
Schwed. St.-Anl.	4½	103,75 bzG
Türk. Anl. 1865	fr.	13,00 B
do. Loose vollg.	fr.	47,10 ebzG
Ung. Goldrente	6	102,75 bz
do. do.	4	76,80 bzG
do. Gold-Inv.-Anl.	5	95,00 bzG
do. Papierrente	5	74,90 bzG
do. Loose	—	223,50 bzG
do. St.-Eisb.-Anl.	5	98,50 bzG
do. Gold-Pfdbr.	5	102,10 G

Hypotheken-Certifikate.

D. G.-C. B. Pf rz. 110	5	108,75 G
do. IV. rückz. 110	4½	104,50 B
do. V. do. 100	4	95,60 bzG
D. H. B. P. IV. V. VI.	5	104,30 bz
do. do. do.	4½	102,30 bzG
Krupp. Obl. rz. 110	5	110,90 G
Nordd. Grund-K.	5	100,50 G
Pomm. H.-B. I. 120	5	109,90 bz
do. II. u. IV. rz. 110	5	105,25 bzG
do. III. V. u. VI. 100	5	101,10 G
do. II. rz. 110	4½	100,30 G
do. III. rz. 100	4½	99,80 bz
Pr. B.-Kr.-B. unkb.		
Hyp.-Br. rz. 110	5	111,10 G
do. rz. 115	4½	110,75 bzG
do. II. rz. 100	4	98,50 bzG
P. C. Pfb. unk. rz. 110	5	114,30 G
do. rz. 110	4½	109,25 B
do. rz. 100	4½	103,60 bz
do. 1880, 81 rz. 100	4	99,75 B
P. H.-A.-B. I. rz. 120	4½	107,50 bzG
do. VI. rz. 110	5	108,75 bzG
do. VII. rz. 100	4½	101,50 bzG
do. VIII. rz. 100	4	98,00 bzG
P. H.-B.-A. G. Cert.	4½	101,50 bzG
Schl. Bodkr.-Pfbr.	5	103,10 B
do. do. rz. 110	4½	107,20 bzG
do. do.	4	99,00 G
Stett. Nat.-H.-K. G.	5	101,50 bz
do. do. rz. 110	4½	103,90 bzG
do. do. rz. 110	4	98,60 bzG

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.

Dividenden pro 1882

Aachen-Mastrich	—	54,00 bz
Altona-Kieler	—	222,00 bzG
Berlin-Dresden	0	21,60 bzG
Berlin-Hamburg	—	347,90 bz
Bresl.-S.-Frbg.	4½	108,40 bz
Dortm.-Gron.-E.	—	59,10 bz
Halle-Sor.-Gub.	0	35,00 bzB
Mainz-Ludwgsh.	—	101,60 bzG
Marnb.-Mlawka	—	115,00 bzB
Mckl. Frdr. Franz.	—	191,25 bz
Münst.-Enschede	—	13,20 bz
Nordh.-Erf. gar.	—	30,00 bz
Obschl. A. C. D. E.	—	254,25 bz
do. (Lit. B. gar.)	—	185,00 bz
Oels-Gnesen	0	31,50 bzG
Ostpr. Südbahn	4	123,70 bzB
Posen-Creuzb.	—	34,25 bzG
R.-Oder-U. Bahn	—	187,30 bz
Starg. Posen gar.	4½	103,25 G
Tilsit-Insterburg	0	32,00 bz
Weim.-Gera (gr.)	4½	42,20 bzB
do. 2½ konv.	2½	29,00 ebzB
do.	0	20,25 bzG
Werra-Bahn	—	96,25 bzG
Albrechtsbahn	—	34,40 bzG
Amst.-Rotterdam	—	148,00 bz
Aussig-Teplitz	—	257,00 ebzG
Baltisch (gar.)	—	53,30 bz
Böh. Westb. (gar.)	—	131,30 bzG
Dux-Bodenbach	7½	144,10 bzG
Elis. Westb. (gar.)	—	92,90 bz
Franz Jos.	—	82,25 bzG
Gal. (C.-L.-B.) gr.	—	132,90 bz
Gotthardb. 95%	—	126,00 bz
Kasch.-Oderb.	—	62,60 bzG
Kpr. Rudlfsb. gar.	4½	70,20 bzG
Lüttich-Limburg	—	13,00 bz
Oest. Fr. St.	—	579,50 bz
Oest. Ndwb.	—	351,50 bz
do. B. Elb.	—	
Reichenb.-Pard.	—	64,25 bz
Russ. Stsb. (gar.)	—	131,25 bz
Russ. Südb. (gar.)	—	60,25 G
Schweiz. Unionsb	—	45,75 bzG
do. Westbahn	—	21,50 bz
Südöst. p. S. i. M.	—	
Turnau-Prager	5	
Ung.-Galiz.	5	69,20 bz
Vorarlberg (gr.)	5	79,00 bzG
War.-W. p. S. i. M.	—	228,25 bz
Angerm.-Schw.	—	45,40 bzG
Berl. Dresd. St. P.	—	54,75 bzG
Bresl.-Warsch „	—	79,00 bzG
Hall.-S.-Gub. „	5	104,40 bzG
Marienb. Mlawka	—	110,50 bzG
Münst.-Enschede	—	28,90 bzB
Nordh.-Erfurt „	—	95,00 B
Oberlausitzer „	—	81,00 bzG
Oels-Gnesen „	2	77,00 bzG
Ostpr. Südb. „	5	112,50 bzG
Posen-Creuzb.	3½	95,00 bzG
R. Oderuf. St.-P.	—	184,50 bzG
Saalbahn „	—	91,70 ebzB
Tilsit-Insterb. „	—	95,75 bzG
Weimar-Gera „	—	58,25 bzG
Dux-Bodenb. A.	7½	137,75 bzG
do. do. B.	7½	137,00 bzG

Vom Staate erworbene Eisenb.

Berl.-Stett. St. A	4½	abg. 119,40 G

Eisenbahn-Prioritäts-Aktien und Obligationen.

Berg. Märk. I. II. S.	4½	103,50 B
do. III. S. v. St. 3½ g.	3½	94,30 bz
do. VIII. Ser.	4½	103,00 bz
do. IX. Ser.	5	104,30 G
Berlin-Anh. A. u. B.	4½	103,00 bzG
Berlin-Dresd. St. g.	4½	103,20 bz
Berl.-Görlitzer kon.	4½	103,00 B
do. Lit. B.	4½	103,00 B
Berl.-Hamb. I. II. E.	4	101,20 G
do. III. konv.	4½	103,40 B
Berl.-P.-Mgd. A. B.	4	
do. Lit. C. neue	4	
do. Lit. D. neue	4½	103,50 G
Berl.-St. II. III. VI.	4	101,40 G
B.-Schw.-F. D. E. F.	4½	
do. Lit. G.	4½	103,25 G
do. Lit. H.	4½	103,20 B
do. Lit. I.	4½	103,20 B
do. Lit. K.	4½	103,20 B
do. de 1876	5	104,50 bzG
do. de 1879	5	104,50 G
Cöln-Mind. 3½ g. IV.	4	101,20 G
do. V. Em.	4	101,20 G
do. VI. Em.	4½	104,80 bzG
do. VII. Em.	4½	103,00 bz
Hll.-S.-G. St. A. B.	4½	103,70 bzG
do. Lit. C. g.	4½	103,70 bzG
Märk.-Pos. konv.	4½	
Magd.-Leipz. Pr. A	4½	105,30 B
do. do. Lit. B.	4	101,30 G
Magd.-Wittenberge	4½	
do. do.	3	
Mainz-Ludw. 68-69	4½	100,30 bz
do. do. 1875 1876	5	104,60 bzB
do. do. I. II. 1878	5	104,50 B
do. do. 1881	4	100,75 bz
Niedersch.-Mrk. I. S.	4	
do. II. S. à 62½ Thl.	4	101,25 bz
N.-M., Obl. I. II. S.	4	101,50 B
do. III. Ser.	4	101,50 G
Nordh.-Erfurt I. E.	4½	
Oberschl. Lit. A.	4	
do. Lit. B.	3½	
do. Lit. C. u. D.	4	
do. gar. Lit. E.	3½	
do. gar. 3½ Lit. F.	4½	103,20 G
do. Lit. G.	4½	103,20 G
do. gar. 4% Lit. H.	4½	103,40 bzG
do. Em. v. 1873	4	101,25 G
do. do. v. 1874	4½	
do. do. v. 1879	4½	105,30 G
do. do. v. 1880	4½	104,20 B
do. Niederschl. Zwgb.	3½	
do. (Starg.-Posen)	4	
do. II. u. III. Em.	4½	
Oels-Gnesen	4½	102,80 G
Ostpr. Südb. A. B. C.	4½	
Posen-Creuzburg	5	103,60 bzG
Rechte Oderufer	4½	
Rheinische	4	
Rh.-Nahe v. S. g. I. II.	4½	
Thüringer I. Serie	4	
do. II. Serie	4½	103,10 G
Weimar-Geraer	4½	
Werrabahn I. Em.	4½	102,80 G
Aachen-Mastrichter	4	96,90 G
Albrechtsbahn gar.	5	80,20 G
Donau-Dmpf. Gold	4	
Elis.-Westb. 1873 g.	5	89,10 bzG
Gal. C.-Ludwgsb. g.	4½	84,30 bzG
Gömör. Eisenb. Pfb.	5	100,60 bzG
Kais.-Ferd.-Nordb.	5	91,25 G
Kasch.-Oderb. gar.	5	82,90 B
Kronpr.-Rud.-B. g.	5	85,75 bz
do. 1869er gar.	5	85,75 G
do. 1872er gar.	5	85,70 G
Lemb.-Czernow. gr.	5	8010, bzG
do. gar. II. Em.	5	84,40 bzG
do. gar. III. Em.	5	81,60 G
do. IV. Em.	5	81,60 ebzG
Oest.-F. S., alt g. St.	3	387,70 bz
do. do. gar. 1874 do.	3	386,00 B
do. Ergzungsn. g. do.	3	374,00 bz
Oest.-Franz. Stsb.	5	105,50 bzB
do. II. Em.	5	105,50 bzB
Oest. Nordwb., gar.	5	87,30 bzG
Oest. Lit. B. (Elbeth.)	5	87,25 G
Raab-Graz (Pränl.)	4	
Reich.-P. (S.-N. B.)	5	85,70 G
Schweiz Ctr. N. O. B.	4½	102,10 G
Sdöst. Bahn (Lomb.) 100 F. = 80 M.	3	294,60 bzG
do. do. neue	3	295,25 B
do. Obligat. gar.	5	102,90 bzB
Theißbahn	5	86,10 G
Ung.-G. Verb.-B. g.	5	79,25 G
Ung. Nordostb. gar.	5	78,25 bzG
do. Ostb. I. Em. gar.	5	78,10 G
do. do. II. Em. gar.	5	96,75 bz
Vorarlberger gar.	5	87,75 G
Kasch.-Od. g. G. Pr.	5	102,50 B
Oest. Nrdw. Gld.-P.	5	104,75 G
Reich.-P. Gold.-Pr.	5	104,10 G
Ung. Nrdostb. G.-P.	5	99,25 bzG
Brest-Grajewo	5	88,25 bz
Chark.-Asow gar.	5	94,00 G
Chark.-Krement. g.	5	91,10 bzG
Gr. Russ. Eisb.-G.	3	66,20 bz
Jelez-Orel gar.	5	92,50 G
Jelez-Woronesch g.	5	88,40 bzG
Koslow-Woronschg.	5	98,30 bz
do. Obligationen	5	83,75 bz
Kursk-Charkow gar.	5	93,25 bz
Kursk-Chark.-Asow	5	84,60 bz
Kursk-Kiew gar.	5	101,00 G
do. kleine	5	101,00 G
Losowo-Sewastopol	5	77,50 G
Mosco-Rjäsan gar.	5	103,00 B
Mosco-Smolensk g.	5	94,30 B
Orel-Griasy	5	80,40 bz
Rjäsan-Koslow. g.	5	101,25 bzG
Rjaschk-Morczsk. g.	5	91,30 G
Rybinsk-Bologoye	5	81,25 bzG
do. II. Em.	5	71,00 G
Schuja-Iwanowo g.	5	92,50 bzG
Warschau-Teresp. g.	5	95,25 bzB
Warschau-Wiener II.	5	102,50 G
do. III. Em.	5	101,90 B
do. VI. Em.	5	99,10 bzG
Zarskoe-Selo	5	63,00 bz

Bank-Aktien.

Dividende pro 1882

Badische Bank	6⅓	120,00 G
B. f. Sprit u. Prd.	5½	74,90 bzG
Berl. Kassenver.	10	abg. 140,25 G
do. Handelsges.	0	77,10 bzG
do. Prd. u. Hnd.	4½	86,75 bzG
Braunschw. Krdb.	6	n 105,50 bzB
do. Hypothek.	5	89,40 G
Bresl. Disk.-Bank	5¼	92,80 bzG
do. Wechslerb.	6⅔	103,50 bzG
Danziger Privb.	6⅔	113,75 G
Darmst. Bank	8¼	154,50 bz
do. Zettelbank	5½	111,60 G
Deutsche Bank	10	155,00 bzB
do. Effekt. Hahn	10	133,25 G
do. Genossensch.	7½	127,60 G
do. Hp.-Bk. 60% B.	5	89,00 bzB
Diskonto-Komm.	10½	203,10 bz
Dresdener Bank	8	130,50 bzG
Dortm. Bkv. 50%	5	93,60 G
Eff.-Maklbk. 50%	14	119,00 bzG
Goth. Grundkrdb.	4	73,25 B
do. do. neue 40%	4	82,40 G
Hamb. Komm. Bk.	7½	130,60 G
Landw. B. Berlin	0	96,80 bzG
Leipz. Krd.-Anst.	9⅔	159,50 bzB
Leipz. Disk.	7	106,60 bzG
Magd. Privatb.	6	118,50 bz
Meckl. Hyp.-Bank	5½	93,50 bzG
Meininger Kredit	5½	97,50 bzG
do. Hyp.-B. 40%	4¾	92,60 G
Nat.-B. f. D. 50%	6½	100,00 bzG
Niederlaus. Bank	5½	92,40 bz
Nordd. Bank	8½	159,50 B
Nordd. Grundkb.	0	45,75 bzG
Oest. Krd. A. p. St.	9⅜	
Oldenb. Spar-B.	15	155,00 B
Petersb. Dis.-B.	—	114,90 bz
Petersb. It. B.	—	93,00 G
Pomm. Hyp.-Bk.	—	48,25 bzG
Posener Prov.	7½	120,90 G
Pos. Landw. B.	—	78,00 G
Pos. Sprit-Bank	—	71,75 G
Preuß. Bodnk.-B.	6¾	109,40 bz
Pr. Entr. Bd. 40%	8¾	125,00 bz
Pr. Hyp.-Akt.-Bk.	5	92,25 bzG
Pr. H. B. A. G. 25%	4	90,25 bzG
Pr. Imm.-B. 80%	8	114,70 B
Reichsbank	7,5	149,80 bz
Rostocker Bank	—	100,10 G
Sächsische Bank	5¾	121,30 G
Schaffh. B.-Ver.	4	93,60 bzG
Schles. Bank-B.	6	109,00 bzG
Südd. Bod. Kred.	6½	132,25 bzG
B.-B. Hamb. 40%	8	
Warsch. Kom.-B.	—	77,50 G
Weimar. Bk. konv.	5	91,50 G
Württ. Vereinsb.	7½	132,10 G

Industrie-Aktien.

Dividende pro 1882.

Bochum-Brwk. A	—	92,25 bz
Donnersm.-H.	—	68,50 bzB
Dortm. Union	—	29,00 B
do. St. Pr. A. L. A.	—	98,60 bzG
do. Part.-O. rz. 110	—	107,70 bz
Gelsenk. Bergw.	7	123,30 bz
Georg. Marienh.	—	87,00 bz
do. Stamm-Pr.	—	93,50 B
Görl. Eisenbahnb.	—	144,60 bzG
Gr. Berl. Pferdeb.	8½	192,00 bzB
Hartm. Maschin.	—	148,00 bzG
Hib. u. Sham.	5½	94,50 bz
Hörd. H.-B. konf.	—	103,25 bzG
Königin Marienh.	—	81,00 bz
Lauchhammer	—	44,25 bzG
Laurahütte	—	134,10 bz
Luise Tiefbau	—	43,00 bzG
Oberschl. E.-Bed.	3	69,50 bz
Phönix Bergw.	—	97,00 bz
do. do. Lit. B.	—	47,40 B
Schering	12	159,00 bzG
Stolberger Zink	—	26,00 bzG
Westf. Drht.-Ind.	—	133,50 bzG
Berl. Holz-Compt.	6½	101,50 bzG
do. Immob.-Ges.	4½	83,00 G
do. Viehmarkt	—	22,90 bz
Berzelius Bgwk.	—	108,00 bzG
Borussia, Bgwk.	—	125,00 bzG
Brauer. Königst.	—	50,00 bzG
Bresl. Oelfabr.	—	68,00 G
do. Straßenb.	—	
do. Wagg.-Fabr.	9½	144,00 bzG
do. Wg. (Hoffm.)	10	137,50 bz
Egells Maschfbr.	—	2,50 ebzB
do. do. Oblig.	—	
Erdmannsd. Sp.	—	57,90 bz
Glauzig. Zuckerf.	—	88,90 bzB
Inowr. Steinsalz	8	106,90 bzG
Körbisd. Zuckerf.	—	155,00 bzG
Marienb. Kotz.	—	41,25 bzG
Masch. Wöhlert	—	2,50 B
Delh. Pet.-Ind.	—	47,50 bzG
Pluto, Bergwerk	—	66,70 bz
Redenhütte konf.	—	127,00 bzG
do. Oblig.	—	108,40 bz
Schles. Kohlenw.	—	
do. Lein. Kramst.	—	113,75 ebzB
Westf. Un. St. Pr.	—	90,50 bzG

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (Emil Röstel) in Posen.